

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Anstalt: Amt Dresden Nr. 31.307
Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Straßße Blasewitz Nr. 606
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsberg, Bühlau, Rochwitz, Wachwitz, Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederporntitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.

Abdruck ist gleich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, nur ein Viertel-Preisen Lachen, Aus alter u. neuer Zeit, Neben-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatlich M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich M. 2.20. Für Fälle des Beweils, Preis, Streiks usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Nachzahl. d. Legegeb. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Friedrichsdorf. Bei unregelmäßigem Abdruck der Zeitung ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch den Druck aufgehoben werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
93. Jahrgang

Nr. 283

Donnerabend/Sonntag, den 5./6. Dezember

1931

Politischer Weihnachtstrieden

Die Regierung bearbeitet, wie schon gestern angedeutet, einen Plan, der die Absicht verfolgt, eine Art politischen Burgfriedens um die Weihnachtstzeit herbeizuführen. Man erwägt ein allgemeines Verbot von politischen Versammlungen und des Anschlages und Betriebes von Plakaten und Flugblättern. Die Maßnahmen sind in ihren Einzelheiten noch nicht festgelegt, doch dürfte, wie verlautet, die Dauer ihrer Durchführung sich auf die Zeit vom 20. Dezember bis etwa 3. Januar erstrecken.

Keine Reichstagsseinberufung

Der Reichstagsrat des Reichstages beschäftigte sich am Freitagabend mit dem Antrag der Kommunisten auf Reichstagsseinberufung. In der Sitzung erklärte Staatssekretär Pünder, daß die Reichsregierung am Ablehnung des Antrages bitte. In der Abstimmung traten für den Antrag auf Reichstagsseinberufung nur die Kommunisten, die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ein, während sich die Vertreter der Wirtschaftspartei und des Landvolks der Stimme enthielten.

Im übrigen war die Sitzung noch deshalb bemerkenswert, weil an ihr außer den Deutschnationalen auch die Nationalsozialisten teilnahmen und sich für die Einberufung des Reichstages aussprachen.

Die Wirtschaftspartei hatte sich entschlossen, diesmal noch gegen die Einberufung zu stimmen. Allerdings rechnet man in parlamentarischen Kreisen ziemlich bestimmt damit, daß auch sie nach Veröffentlichung der Notverordnung ebenfalls für die Einberufung stimmen wird. Die Kommunisten wollen bereits in nächster Zeit einen neuen Antrag auf Reichstagsseinberufung stellen.

Brüning hat die SPD-Vertreter empfangen

Von sozialdemokratischer Seite wird mitgeteilt: „Die Abgeordneten Breitscheid, Grohmann, Herz und Silberding erschienen am Freitagnachmittag nochmals beim Reichskanzler, um sich nach dem Stand der Arbeiten an der neuen Notverordnung zu erkundigen und dem Reichskanzler mitzuteilen, wie es innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion außerordentlich verstimmend wirkte, daß der Reichsregierung im Kampf gegen den parlamentarischen Terror die nötige Entschlossenheit fehle. Sie machten darauf aufmerksam, daß gegenüber der Absicht der Reichsregierung auf gleichzeitige Preis- und Lohnsenkung in weiten Volksteilen großes Mißtrauen besteht.“

Der Reichskanzler legte die Absichten dar, von denen sich die Reichsregierung bei den neuen Notverordnungen leiten lasse, versicherte aber, daß über ihre Gestaltung in den Einzelheiten noch nichts Endgültiges feststeht.“

Und das Ergebnis?

Die Besprechungen, die die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichskanzler hatten, haben, wie der „Vorwärts“ mitteilt, keine Klärung der politischen Gesamtlage gebracht. Sie werde erst eintreten, wenn der Inhalt der neuen Notverordnung bekannt sei.

Das ist nicht der Weg, der aufwärts führt

Das Präsidium des Reichslandbundes hat an den Reichskanzler eine Eingabe gegen die geplanten Steuererhöhungen gerichtet, in der es u. a. heißt: Der Reichslandbund muß nachdrücklich gegen jede stärkere steuerliche Belastung der Wirtschaft Einspruch erheben, da die steuerliche Belastung schon längst die Grenze des für die Wirtschaft Tragbaren überschritten hat. Eine erhöhte Umsatzsteuer würde nicht den Charakter einer indirekten Steuer annehmen, sondern infolge der gesunkenen Kaufkraft höchst-

wahrscheinlich in voller Höhe auf den Produzenten abgewälzt werden, d. h. niedrigere Produzentenerlöse zur Folge haben. Ganz besonders gilt dies heute für die Landwirtschaft, bei der an sich schon eine Abwälzung der Umsatzsteuer, wie es dem Wesen dieser Steuer entsprechen würde, bekanntlich praktisch unmöglich ist.

Auch gegen die Absicht, eine besondere Kapitalertragsteuer einzuführen, bestehen schwerste Bedenken. Es ist zu befürchten, daß eine zusätzliche neue Belastung des Volkskapitals nur zu einer weiteren Verschärfung der Kreditmittel und zu einer weiteren Erhöhung der Zinsbelastung führen wird.

Die Regierung denkt sich die Sache so: Zwangweise Gebühren- und Preissenkung, gestaffelter Lohnabbau

Berliner Blätter entnehmen einer dem Reichsfinanzminister nahestehenden Berliner Korrespondenz über die Pläne des Reichskabinetts, die sich auf die Preis- und Lohnsenkung beziehen, folgende Einzelheiten:

Die Preissenkung auf den wichtigsten Gebieten soll gewährleistet werden durch einen direkten Eingriff bei Kohle, Eisen und den Baukosten.

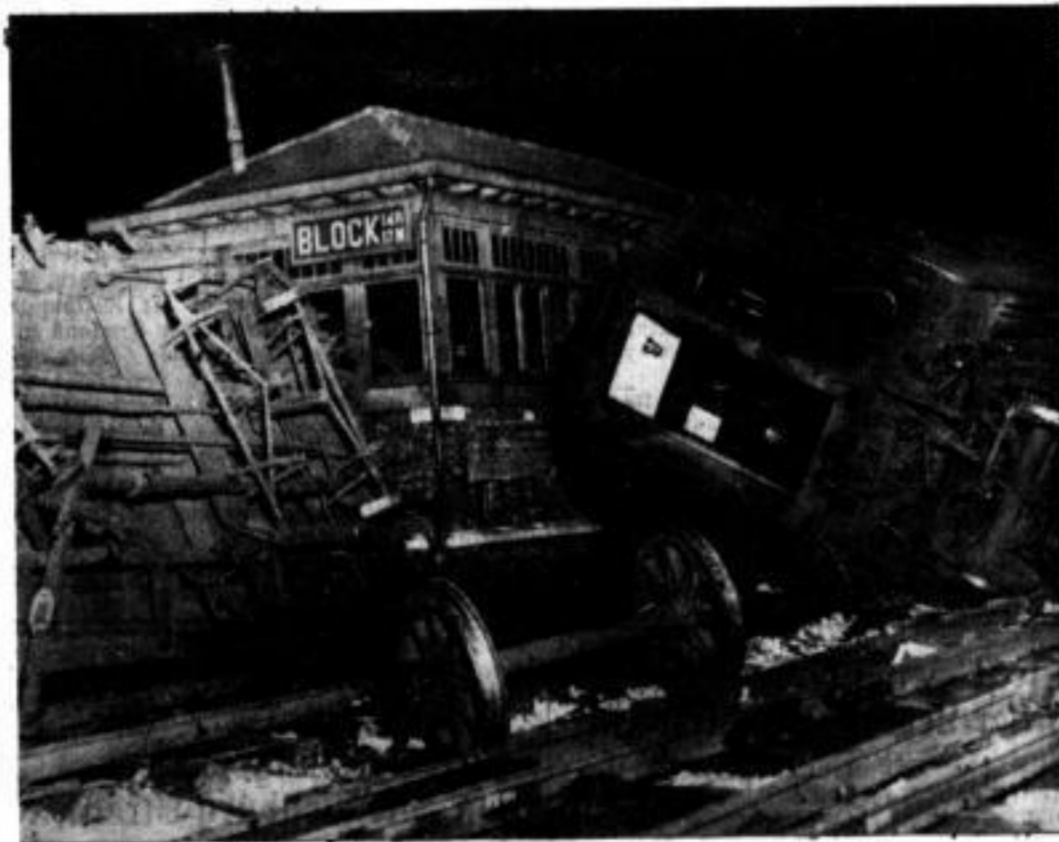
Bei der Kohle lasse sich ein solcher Eingriff sofort bewerkstelligen, beim Eisen und bei der Baustoffindustrie werde ebenfalls angenommen, daß es gelingen werde, hier sofort eine fühlbare Preissenkung durchzuführen. Dabei sei vornehmlich in Regierungskreisen auch daran gedacht, daß überall diese Preissenkung nicht schematisch durchgeführt werden könne, daß insbesondere dort, wo bereits eine fühlbare Preissenkung stattgefunden habe, z. B. in der Textil- und

Werkzeugindustrie, nicht in der Weise vorgegangen werden könne wie auf den Gebieten, wo heute noch eine zu große Preisspanne vorhanden sei. Die Reichsregierung sei weiterhin entschlossen, den direkten Eingriff vorzunehmen oder vorzunehmen zu lassen.

auf dem Gebiete der Tarife der öffentlichen Unternehmungen.

Auf der anderen Seite glaube man aber in Kreisen der Reichsregierung, daß ein solcher direkter Eingriff auch bei den Tarifgehaltern und bei den Tariflöhnen vorgenommen werden müsse. Um aber auch hier durch ein schematisches Anwenden der Rotverordnung keine Härten aufkommen zu lassen, soll

die Lohnsenkung prozentual abgestuft werden. Dabei soll als Sicherung für die Arbeitnehmer eine unterste Grenze festgesetzt werden.



Schweres Eisenbahnunglück in Belgien

Auf der Strecke Brüssel—Antwerpen stieß bei der Station Baure-Saint-Catherine der Schnellzug Lille—Antwerpen mit einem aus Brüssel kommenden Schnellzug zusammen; dabei wurden 2 Personen getötet und 60 erheblich verletzt. Wahrscheinlich ist eine ungewöhnliche Anordnung der Bahnsignale die Ursache des furchtbaren Unglücks gewesen. — Der Schauplatz der Katastrophe kurze Zeit nach dem Unglück.

Auch die Gewerkschaften erheben noch einmal die Stimme

Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen, einschließlich der Beamtenbünde, trafen am 3. Dezember erneut zusammen. Ueber das Ergebnis der Besprechung teilt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit: „Angesichts der mit jedem Tage zunehmenden Räte der Volksmassen, insbesondere der Millionen Arbeitslosen, herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß die Arbeitsbeschaffung und die Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozess nach wie vor das dringendste Gebot der Stunde ist. Ebenso müsse die Kaufkraft der Volksmassen geschützt und der soziale Schutz der Arbeitnehmer aufrechterhalten werden.“

Polnisch-Oberschlesien in der Krise

Am 9. Dezember Volkszählung.

Wie es heute in Ostoberschlesien aussieht, dafür nur ein paar Beispiele: Die große Produktions- und Absatzkrise, die seit 1929 die Weltwirtschaft verheert, hat auch in der polnischen Kohlen- und Eisenindustrie tiefe Spuren zurückgelassen. Die Eisenindustrie wäre bereits völlig zum Erliegen gekommen, wenn nicht Auftragsaufträge und einige Staatsaufträge den schwer bedrohten Unternehmungen neue Beschäftigung gegeben hätten. Durch die englische Pfundkrise sind auch diese letzten Möglichkeiten zweifelhaft geworden.

Die Konzernführer können sich heute bereits an den Fingern abzählen, wann durch die wachsenden Devisenschwierigkeiten Anshands auch die ober-schlesischen Eisenhütten zum Stillstand kommen.

Nicht viel rosigter ist die Lage der ober-schlesischen Kohlenindustrie. Der Pfundsturz hat auch hier verheerende Wirkungen gezeitigt. Man hat errechnet, daß die Kohlenhandelskonzerne an noch laufenden Verträgen oder nicht eingelösten Schecks für gelieferte Kohle durch den Sturz des Sterlings rund 6 Millionen Pfund verloren haben und weitere 16 Millionen verlieren müssen, wenn sich die auf Pfundbasis abgeschlossenen Lieferungsverträge mit dem Ausland nicht realisieren lassen. Auch die großen Lieferungen polnischer Kohlen nach dem skandinavischen Markt sind durch die Pfundkrise fast ausnahmslos ins Stocken geraten. Als einziger Ausweg werden von der Regierung und den Gruben staatliche Subventionen betrachtet.

Beabsichtigt ist auch die Schaffung eines Exportfonds, aus dem die Verluste abgedeckt werden sollen, die durch die Konkurrenz mit den niedrigen englischen Pfundpreisen entstehen.

Wie allerdings weitere Lohnsenkungen durchgeführt werden sollen, ist unerfindlich. Die polnischen Arbeiterlöhne liegen in Oberschlesien weitaus niedriger, als in dem benachbarten deutschen Kohlenrevier. Ohne schwerste Lohnkämpfe ist an eine Aenderung des Lohnabkommens, das in Oberschlesien noch bis zum 31. Januar 1932 läuft, nicht zu denken. Die Rückwirkungen der Schwierigkeiten der ober-schlesischen Schlüsselindustrien auf die allgemeine Lage Oberschlesiens und Polens ist unvorstellbar. Es genügt, daran zu erinnern, daß Oberschlesien die pol-